

Protokoll:

Oberbürgermeister Prof. Dr. Joachim Hofmann-Göttig fasst zusammen, dass sich das Fachgespräch und die Expertenanhörung als gute Maßnahmen erwiesen hätten. Viele Anregungen seien zusammen gekommen und wurden im Anschluss von der Verwaltung zusammengefasst.

Oberbürgermeister Prof. Dr. Joachim Hofmann-Göttig erläutert den Aufbau der Vorlage und erklärt die Anlagen 1 und 2. Anlage 1 bestehe aus 78 Punkten, die nun geprüft würden und im Anschluss Gegenstand einer Vorlage für die Stadtratssitzung am 07.05.2015 sind. Anlage 2 bestehe aus einem Positionspapier, welches er bereits in die Vorstandssitzung des Rheinland-Pfälzischen Städtetages eingebracht habe. Der Vorstand habe ausdrücklich unterstrichen, dass es dringend notwendig sei, dass das Bundesamt für Migration personell so ausgestattet werde, dass die Verfahren innerhalb von drei Monaten zu einem Abschluss gebracht werden könnten. So lange müssten die Asylbewerber in Einrichtungen des Landes verbleiben können, damit im Anschluss nur die Menschen an die Kommunen zugewiesen würden, die auch ein dauerhaftes Bleiberecht hätten. Auch Sprachkurse müssten schon vom Land angeboten werden, damit die Kommunen im Anschluss eine gute Integrationsarbeit leisten könnten. Das Positionspapier solle dem Land, dem Bund und dem Deutschen Städtetag zugeschickt werden.

Rm Otto (CDU) stellt eine Resolution vor und bedankt sich bei den Mitwirkenden.

Rm Wiechmann (Bündnis 90/Die Grünen) macht auf Änderungswünsche im Positionspapier aufmerksam, da er die rechtliche Richtigkeit bezweifle.

Oberbürgermeister Prof. Dr. Joachim Hofmann-Göttig erklärt, der Leiter des Rechtsamtes habe an dem Positionspapier mitgewirkt. Kleinere Fehler könnten im laufenden Verfahren bereinigt werden (siehe beschlossene Änderungen im Positionspapier).

Rm Contento (CDU) spricht sich grundsätzlich gegen eine Unterbringung in Kasernen aus.

Oberbürgermeister Prof. Dr. Joachim Hofmann-Göttig weist darauf hin, dass die Kasernen selbst nicht mehr nutzbar seien. Es gehe lediglich um das Kasernengelände, auf dem mobile Wohneinheiten aufgestellt werden könnten. Um eine entsprechende Betreuung werde man sich ebenfalls kümmern.

Rm Enger (Bündnis 90/Die Grünen) bittet um getrennte Abstimmung und fragt, ob private Vermieter weiterhin zum Einsatz kommen würden. Oberbürgermeister Prof. Dr. Joachim Hofmann-Göttig sagt zu, eine getrennte Abstimmung vorzunehmen. Private Vermieter würden weiterhin benötigt. Die eigenen Kapazitäten reichten nicht aus.

FBG-Fraktionsvorsitzender Gniffke entgegnet, eine Unterbringung in Kasernen sei denkbar, solange die Anlagen baulich in Ordnung seien und eine ausreichende Betreuung vorhanden sei.

Rm Kübler (CDU) fragt, ob es richtig sei, dass die IGS Pollenfeld ihre Turnhalle zum 01.04. zur Verfügung stellen müsse.

Bürgermeisterin Hammes-Rosenstein führt aus, dass in diesem Monat 30 Zuweisungen gegeben habe. 20 weitere würden erwartet. Der Umbau am Schlachthof werde erst Ende Juni fertig, sodass im Zeitraum dazwischen eine Unterbringung benötigt werde. Man wolle gerüstet sein für den Fall der Fälle.

Rm Sauer (CDU) lobt die Expertenanhörung und die schnelle Zusammenfassung der Verwaltung. Dem schließt sich Oberbürgermeister Prof. Dr. Joachim Hofmann-Göttig an. Herr Golly und Herr Enkirch hätten gute Arbeit geleistet.

Rm Dr. Weichert (Bündnis 90/Die Grünen) spricht sich gegen mobile Wohnunterkünfte aus, da diese nicht nachhaltig seien und im Anschluss verschrottet werden müssten. Lieber solle man bestehende Gebäude herrichten.

Oberbürgermeister Prof. Dr. Joachim Hofmann-Göttig erklärt, die mobilen Unterkünfte würden für zwei Jahre (mit Verlängerungsoption) angemietet und müssten daher nicht im Anschluss von der Stadt verschrottet werden.
Er leitet die Abstimmung ein.

Abstimmung

Der Stadtrat

1. nimmt die Ergebniszusammenfassung des Fachgespräches vom 27.03.2015 und der Expertenanhörung im Stadtrat am 06.03.2015 (Anlage 01) **einstimmig** zur Kenntnis,
2. beschließt **einstimmig bei 2 Stimmenthaltungen** das Positionspapier zur Ergebniszusammenfassung des Fachgespräches und der Expertenanhörung des Stadtrates zur „Situation der Flüchtlinge in Koblenz“ (Anlage 02) mit nachfolgenden Änderungen:
Nr. 2, Zeile 3 Streichung von „ dort *mindestens* drei Monate“
Nr. 3, Zeile 9 Einfügen von „ sollte *grundsätzlich* zentral organisiert werden“.
3. beauftragt die Verwaltung **einstimmig**, das Positionspapier der Bundes- und Landesregierung zur Kenntnis zu bringen und eine Umsetzung der in den Zuständigkeiten des Bundes und des Landes liegenden Aufgaben einzufordern,
4. befürwortet die

4.1	Fortführung der Arbeiten zur Herrichtung des ehemaligen Werksgeländes in der Schlachthofstraße für eine zentrale Unterbringungseinrichtung einstimmig	
4.2	Prüfung und Vorbereitung einer weiteren Unterbringungseinrichtung auf dem Gelände der Fritsch-Kaserne einstimmig bei 2 Stimmenthaltungen	
4.3	den Ausbau des bereits vorhandenen Dolmetscherpools einstimmig	
4.4	Intensivierung der Netzwerkarbeit im Arbeitskreis Asyl einstimmig	

4.5	Ausweitung des Angebotes dezentraler Sprachkurse in den Stadtteilen einstimmig	
4.6	Durchführung einer KITA-Konferenz einstimmig	